

Presseinformation des Flüchtlingsrats Hamburg vom 23.1.07

Im Anhang finden Sie einen Bericht der Kommission in Hamburg lebender GuineerInnen zur aktuellen Lage in Guinea, wo es gestern nach Massendemonstrationen und einem seit dem 10. Januar 2007 andauernden Generalstreik 17 Tote, zahlreiche Verletzte und Verhaftungen vieler GewerkschaftsführerInnen gab.

Deshalb findet morgen (24.1.) um 11 Uhr vor dem Hamburger Rathaus eine Kundgebung statt. Dort fordern die GuineerInnen zusammen mit dem Flüchtlingsrat Hamburg einen sofortigen Abschiebestopp nach Guinea!

Die Ausländerbehörde Hamburg hat zweimal ohne Beteiligung der guineischen Botschaft eine dubiose Delegation aus Guinea eingeladen und dafür bezahlt, Hunderte afrikanischer Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern als GuineerInnen zu "identifizieren" und ihnen Reisepapiere auszustellen, damit sie abgeschoben werden können. Diese Delegation, deren Leiter, Herr N'Faly Keita, aus dem guineischen Außenministerium nachweislich auch viel Geld von Flüchtlingen kassiert hat, um ihnen die Einreise nach Europa zu ermöglichen,

war inzwischen auch in Dortmund sowie in der Schweiz und wahrscheinlich weiteren europäischen Ländern tätig. Täglich werden Flüchtlinge festgenommen und abgeschoben. Flüchtlinge, die gegen die Machenschaften der Delegation protestiert haben, wurden kriminalisiert und ein von Abschiebung bedrohter Guineer in Abwesenheit von einem Gericht in der guineischen Hauptstadt Conakry verurteilt, weil er angeblich Herrn Keita mit dem Tode bedroht habe,

was nicht wahr ist. Sollte dieser Flüchtling tatsächlich abgeschoben werden,

ist sein Leben in Gefahr! Auch alle anderen guineischen Flüchtlinge sind bei einer Abschiebung in der aktuellen Situation massiv bedroht. Auch nach Recherchen von Human Rights Watch sind in Guinea Oppositionelle und Abgeschobene von Verschwindenlassen, Haft und Tod bedroht, und rechtsstaatliche Gerichtsverfahren finden nicht statt. In der aktuellen Situation ist erst recht mit willkürlichen Festnahmen und Hinrichtungen zu rechnen. Deshalb muss ein sofortiger Abschiebestopp auf Landes- und Bundesebene verhängt werden!

Nähere Informationen, u.a. den Bericht von Human Rights Watch, einen Offenen Brief und eine Dokumentation der Dortmunder Grünen, finden Sie auf www.fluechtlingsrat-hamburg.de unter dem 11.1.07 sowie unter dem Thema "Abschiebepolitik".

Flüchtlingsrat Hamburg